

Liste 3 Bündnis für Aufklärung und Emanzipation! (BAE!)

LINKS

Offene AusländerInnenliste • Linke Liste • andere Aktive

harte zeiten 
junge sozialisten
& fachschaftsaktive

FachschaftsBündnis

Aktive für demokratische und kritische Hochschulen

Das Leitbild der Universität Hamburg

**Geist und Tat - Verwandte wohl höchsten Grades:
Der eine sah, durch die andere ward es.**

„Wahrlich, wahrlich, ich sage Ihnen, es ist, im ganzen genommen, niemand ein Sklav, als der es sein will, oder der da glaubt, er müsse es sein. Kein Despotenfuß vermag festen und sichern Tritt auf einen Nacken zu treten, als nur auf denjenigen, der sich selbst unter ihm in den Staub auf eine menschenunwürdige Weise hinabdrückt. Siegreich und triumphierend wird meistens derjenige seine geistigen und leiblichen Sklavenfesseln zersprengen, der sich fest und unerschütterlich vornimmt: Ich will sie zersprengen.“

Gottfried August Bürger, „Ermunterung zur Freiheit“, 1790.

Seit Ende Dezember 2008 bis zum 16. Januar 2009 läuft die **Wahl zum Akademischen Senat**. Diese Wahl ist eine **Briefwahl**. Der Akademische Senat ist das höchste gewählte Gremium der Universitäts-Selbstverwaltung. Er soll das Präsidium in seiner Tätigkeit kontrollieren, hat Mitwirkungsrechte bei den Wahlen der Uni-Leitung und kann zu allen Fragen von allgemeinem Belang für die Hochschule Stellung nehmen. In dem 19-köpfigen Gremium stehen nur **drei Sitze für die Studierenden** zur Verfügung. Die Mehrheit stellen ProfessorInnen, das TVP und der wissenschaftliche Mittelbau haben auch jeweils drei Sitze. Die Stimmabgabe zur AS-Wahl ist **bis Dienstag, den 13. Januar 2009, 9 Uhr an den** in den Wahlunterlagen bekanntgegebenen Standorten der **weißen Wahlbriefkästen** oder **bis Freitag, den 16. Januar 2009, 14 Uhr bei der Wahlleiterin**, Hauptgebäude der Universität, Edmund-Siemers-Allee 1, 20146 Hamburg (Gremienreferat, Zi. 125). Die Stimmzettel können auch in dem mitverschickten **Rückumschlag per Post** eingesendet werden.

Vom **12. Januar bis zum 16. Januar** findet gleichzeitig die **Urnen-Wahl zum Studierendenparlament** statt. Studierende können an den hierfür aufgestellten **Wahlurnen** in der gesamten Woche **von 10 bis 18 Uhr** wählen. Die Stimmzettel hierfür erhaltet ihr nach Vorlage des Studierendenausweises direkt an der Wahlurne.

Inhalt

I.	Leitbild der Universität Hamburg	Seite 3
II.	Die Universität: Unternehmen oder Republik?	Seite 4
III.	Friedensbeschlüsse des Akademischen Senats	Seite 4
IV.	Anregung zur friedenswissenschaftlichen Diskussion	Seite 6
V.	Die Kandidierenden.	Seite 8

In dieser Reihe außerdem erschienen:

„Zum Geleit“ – Für die gemeinschaftliche Befreiung von der menschenwidrigen Ordnung der Geschäfte
Dokumentation von Grundsatzpapieren zur Arbeit des Akademischen Senats aus dem Jahr 2007

Herausgegeben von:

Liste LINKS - Offene AusländerInnenliste, Linke Liste andere Aktive,
harte zeiten - junge sozialisten & fachschaftsaktive an der Universität Hamburg und
FachSchaftsBündnis - Aktive für demokratische und kritische Hochschulen.

Web: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/LINKS> - <http://www.harte--zeiten.de> - <http://www.fachschaftsbuendnis.org>
V.i.S.d.P.: Olaf Walther, Golnar Sepehrnia, Christian Sauerbeck, c/o Studierendenparlament, VMP 5, 20146 Hamburg

I. Leitbild der Universität Hamburg

„**Tor zur Welt der Wissenschaft:** Mit der Vielfalt und Tradition ihrer Fächer und Bildungsangebote versteht sich die Universität Hamburg als Tor zur Welt der Wissenschaft.

Weltoffene Internationalität: In der Tradition der Freien und Hansestadt Hamburg verwirklicht die Universität Weltoffenheit und Toleranz, internationale Zusammenarbeit und Universalität von Wissenschaft.

Freie Forschung und wissenschaftliche Lehre: Durch ihre Forschung trägt die Universität Hamburg zur freien Entwicklung der Wissenschaft bei, durch Lehre und Studium zur Verwirklichung des Rechtes auf wissenschaftliche Bildung.

Bildung mündiger Menschen: Ihren Bildungsauftrag sieht die Universität in der Entwicklung von Sachkompetenz, Urteilsfähigkeit und der Fähigkeit zu argumentativer Verständigung auf wissenschaftlicher Grundlage. Für alle Menschen will sie ein Ort lebenslangen Lernens sein und ein öffentlicher Raum der kulturellen, sozialen und politischen Auseinandersetzung.

Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses: Aus der Vielfalt ihres Fächerspektrums und dem Qualitätsanspruch ihrer wissenschaftlichen Arbeit erwächst der Universität Hamburg eine besondere Verantwortung für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Wissenschaftliche Freiheit in gesellschaftlicher Verantwortung: Die Mitglieder der Universität wollen die universitären Aufgaben in der Verbindung von Forschung und Lehre, Bildung und Ausbildung in wissenschaftlicher Unabhängigkeit erfüllen. Sie wollen zur Entwicklung einer humanen, demokratischen und gerechten Gesellschaft beitragen und Frauen und Männern gleichen Zugang zu Bildung und Wissenschaft eröffnen.

Vermittlung zwischen Wissenschaft und Praxis: Im Bewußtsein ihrer Verantwortung als Teil der Gesellschaft versteht sich die Universität Hamburg als Mittlerin zwischen Wissenschaft und Praxis, sie orientiert sich dabei an den Grundsätzen einer ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung.

Wissenschaftliches Kompetenzzentrum im Norden: Als Zentrum der hamburgischen Hochschul- und Forschungslandschaft trägt die Universität Hamburg durch ein vielfältiges Netz wissenschaftlicher und praktischer Zusammenarbeit zur regionalen und überregionalen Entwicklung bei.

Wissenschaft im Dienst der Menschen: Durch ein breites Angebot wissenschaftlicher Dienstleistungen sowie durch Krankenversorgung auf dem neuesten Stand der Forschung dient die Universität dem Wohl der Menschen und der Erfüllung öffentlicher und gesellschaftlicher Aufgaben.

Fächerübergreifende Kooperation: Im fächerübergreifenden Zusammenwirken ihrer Mitglieder und Organe entwickelt und vermittelt die Universität wissenschaftliche Methoden, Ergebnisse und Qualifikationen. Die Zusammenarbeit ihrer Mitglieder beruht auf Information und Transparenz, demokratischer Beteiligung und dem Willen zur Konfliktlösung.

Ziele der Universitätsentwicklung: Geleitet von diesem Bild einer weltoffenen, wissenschaftlich leistungsfähigen Universität setzt sich die Universität Hamburg

- die Internationalisierung von Bildung und Wissenschaft für eine friedliche und menschenwürdige Welt,
 - Zusammenarbeit mit der Stadt und der Region,
 - fächerübergreifende Kooperation zur Entfaltung der wissenschaftlichen Potentiale,
 - höchstmögliche Qualität der Aufgabenerfüllung,
 - individuelle und korporative Verantwortlichkeit und
 - Offenheit des Zugangs zu Bildung und Wissenschaft
- als Ziele ihrer künftigen Entwicklung.“

II. Die Universität: Unternehmen oder Republik?

„Die Anstalt dient einem Zweck: Menschen sollen in ihr aufbewahrt, gebessert, geheilt, erzogen, zur Arbeit angeleitet werden. [...]

Niemals überlegt sich ein Leitender, wie denn zum Schluß, nach Festsetzung aller Reglements, das Leben der von ihm Beherrschten aussieht, die alle seine Anordnungen wirklich ausführen.“

Kurt Tucholsky, „Die Anstalt“, 1929.

Ginge es pur nach Wille und Vorstellung der Uni-Präsidentin (genuin konservativ), ihrer Kanzlerin (neoliberale Buchhalterin), der Wissenschaftssenatorin (trocken elitär) oder gar dem Mitglied des Hochschulrates Johann C. Lindenberg (ehemaliger Geschäftsführer von Unilever Deutschland), dann wäre die Universität so etwas wie eine Anstalt, ein straff geführtes Unternehmen oder eine größere militärische Einheit mit klaren Hierarchien. Jedenfalls spukt allen im Kopfe ein hartes Durchregieren von Oben nach Unten, sportliche Dauer- und Höchstleistungen der Untergebenen, irgendetwas von Glanz und Gloria für sich sowie eine schnelle ökonomische Verwertbarkeit von Menschen bzw. Arbeitsergebnissen herum. Dideldum.

Da aber der Mensch kein Dauersoldat ist und die Universität weder Betrieb, Anstalt oder gar straffes Regiment sein kann oder will, sondern eine schlaaffe, geistvolle zivile Kultureinrichtung, sind hier — in gewisser Weise nachahmenswert auch anderswo — andere Maßstäbe und eine andere Kultur des Forschens, Lehrens, Lernens sowie der Selbstverwaltung vorhanden respektive erforderlich.

Vor gut zehn Jahren, 1998, hat sich die Universität deshalb nach einem gründlichen und fairen Diskussionsprozeß (an dem wir beteiligt waren) in ihrem Leitbild konsensual Maßstäbe, Sinn, Struktur und Perspektive für ihre weitere Entwicklung gegeben.

Zusammengefaßt läßt sich sagen, daß das Leitbild grenzüberschreitend ist: Die Vielfalt der Fächer, ihre fachübergreifende Kooperation, die Internationalität der Beziehungen von Studium, Forschung und Lehre, das lebenslange Lernen, das gedeihliche Zusammenwirken aller Mitglieder-Gruppen, das Wohl der Menschen als Zweck der wissenschaftlichen Arbeit, die Offenheit des Zugangs zu Bildung und Wissenschaft und nicht zuletzt die Verantwortung für eine friedliche und menschenwürdige Welt bilden die wertvolle Substanz einer positiven Entwicklung von Universität und Gesellschaft als öffentliche Angelegenheit (*res publica*), zu der Alle beitragen können und sollten.

Mit aktuellem Bezug dokumentieren wir an dieser Stelle einige friedenthematische Beschlüsse, die der Akademische Senat (auch im Sinne des Leitbildes) gefaßt hat.

III. Friedensbeschlüsse des Akademischen Senats

Als ein möglicher Krieg der USA gegen den Irak in den Medien für sehr wahrscheinlich gehalten wurde, faßte der Akademische Senat am 6. März 2003 nach ausführlicher Diskussion folgenden Beschluß:

„Die Universität Hamburg bekennt sich in ihrem Leitbild dazu, daß sich Bildung und Wissenschaft für eine friedliche und menschenwürdige Welt einsetzen. Sie unterstützt die Bemühungen, einen Krieg im Irak zu verhindern und ermutigt alle Mitglieder der Universität Hamburg, zu diesen Bemühungen aktiv beizutragen.“

Auch der völkerrechtswidrige Angriff auf den Irak wurde vom Akademischen Senat verurteilt. Am 10. April 2003 beschließt er:

„Der Akademische Senat lehnt den völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak ab. Der Akademische Senat bittet alle Lehrenden, auf Wunsch von Studierenden, die Diskussion über den Krieg und eine Nachkriegsordnung in der Golf-Region zu ermöglichen.

Der Akademische Senat begrüßt, daß das Präsidium in Kooperation mit dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) eine universitäre Diskussionsveranstaltung zu diesem Thema im Sommersemester 2003 vorbereitet.“

Gegen die Bestrebungen des neoliberalen Technokraten und Wissenschaftssenators Jörg Dräger, historisch-kritische Wissenschaftseinrichtungen durch strikte Kürzungen zu zerstören, bezog der Akademische Senat mit seinem Beschluß von 25. September 2003 Position. Die drei umstrittenen Institute (Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, das Institut für die Geschichte der deutschen Juden und die Forschungsstelle für Zeitgeschichte) sind erhalten geblieben und in Nähe des Campus — Beim Schlump 83 — in einem eigens hergerichteten Gebäude zusammengezogen. Dazu gestoßen ist das neu gegründete Zentrum für naturwissenschaftliche Friedensforschung (ZNF).

„Die humanistische Substanz spezieller Wissenschaften nach 1945 erhalten!

Der Akademische Senat der Universität Hamburg sieht mit großer Sorge die Wahrnehmung wissenschaftlicher Aufgaben des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg, des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden und der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg durch die angekündigte Möglichkeit staatlicher Sparmaßnahmen gefährdet.

Der Akademische Senat betont die humanistische Substanz der drei Institute und der wissenschaftlichen Tätigkeit: Hier findet die historische Verantwortung der Hamburger Wissenschaft im besonderen und der Hamburgs im allgemeinen positiven Ausdruck: für die erinnernde Erforschung der Ursachen und Wirkungsweisen der barbarischen Nazi-Diktatur, vor allem der Verfolgung und Vernichtung jüdischer Mitmenschen. Die kritische Erforschung der Bedingungen, Erfordernisse und Hindernisse für den Frieden und die Völkerverständigung ist Schlußfolgerung und humanitäres Gebot nach zwei aus Deutschland zu verantwortenden Weltkriegen.

Der Akademische Senat begrüßt und unterstützt daher nachdrücklich die Bemühungen von Mitgliedern der Universität, die den integralen Erhalt und möglichen Ausbau der Institute bezwecken.“

Bevor Förderanträge für Sonderforschungsbereiche bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) eingereicht wurden, nahm der AS hierzu Stellung. An dieser Stelle wurde oft über das Verhältnis wissenschaftlicher Freiheit und notwendiger Transparenz und Positionsfestigkeit gestritten, wenn Projekte – etwa im Bereich der „Humangenetik“ oder der physikalischen Grundlagenforschung – hart die Grenze verantwortlicher Wissenschaft tangierten. Hier muß aus historischen Erfahrungen gelernt werden. Dafür steht exemplarisch folgender Beschluß vom 17. Februar 2005:

„Verantwortung ist konkret: Keine Kooperation mit „München Garching“!

Der Akademische Senat fordert die an dem Sonderforschungsbereich „Magnetismus vom Einzelatom zur Nanostruktur“ beteiligten Wissenschaftler auf, von einer Nutzung des Forschungsreaktors FRM II in München (Garching) abzusehen und stattdessen z.B. auf Spallationsquellen zurückzugreifen, um beschleunigte Neutronen für die Untersuchung von Nanostrukturen zu erhalten.*

** Spallationsquellen sind ein alternatives Verfahren zur Beschleunigung von Neutronen ohne die damit verbundenen Gefahren und Probleme von Kernreaktoren.“*

Eingereicht hatten wir diesen Antrag mit der umseitigen Begründung.

„Begründung:

In der Darstellung des Forschungsprogramms wird auf Seite 18 der Tischvorlage das Vorhaben erläutert, sogenannte „inelastische Neutronenstreuexperimente“ durchzuführen. Dabei begrüßen die Antragsteller die „Verfügbarkeit des neuen Hochflussreaktors in München“.

Mit einer solchen Kooperation würde die Universität Hamburg über ihren SFB 2022 die Errichtung sowie den fortgesetzten Betrieb des Forschungsreaktors FRM II nachträglich und für die Zukunft legitimieren. Dies ist aus mehreren Gründen abzulehnen:

Mit dem Bau und Betrieb des FRM II umgeht das CSU-regierte Land Bayern den von der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie. Nachdem durch diesen Ausstieg insbesondere die Siemens AG um ihre „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ auf dem für sie sehr profitablen Gebiet der Kernenergie fürchtete, nutzte sie ihre Position im Hochschulrat der TU München, um den FRM II zu initiieren, dessen Bau sie selbstverständlich übernehmen konnte.

Eine solche Mauschelei sollte durch die Uni Hamburg nicht legitimiert werden.

Der Ausstieg aus der Atomenergie hat gute Gründe. Wie alle anderen Kernreaktoren ist auch der Betrieb des FRM II mit erheblichen Sicherheitsrisiken verbunden. Austretende Strahlung und Störfälle bis hin zum GAU sind auch hier nicht auszuschließen, die Entsorgung des Atom Mülls ist nach wie vor nicht geklärt.

Die Unterwanderung des Ausstiegs aus der Atomenergie sollte durch die Uni Hamburg nicht legitimiert werden.

Im FRM II wird hochangereichertes atomwaffenfähiges Uran verwendet. Mit der stufenweisen Beseitigung aller zivilen Nutzung dieses Urans war es international möglich geworden, den Handel hiermit überflüssig zu machen und damit waffenfähiges Uran aus dem Verkehr zu ziehen. Dies würde einen immensen politischen Fortschritt bedeuten, im Sinne des Atomwaffensperrvertrags die weitere Entwicklung und Verbreitung von Atomwaffen zu erschweren. Mit dem Betrieb des Forschungsreaktors ist nun die zivile Nutzung des hochangereicherten Urans wieder Praxis.

Dieser Rückschlag für den Kampf gegen Atomwaffen darf durch die Universität Hamburg nicht legitimiert werden.

Die Universität Hamburg formuliert in ihrem Leitbild: „Im Bewusstsein ihrer Verantwortung als Teil der Gesellschaft versteht sich die Universität Hamburg als Mittlerin zwischen Wissenschaft und Praxis, sie orientiert sich dabei an den Grundsätzen einer ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung“.

Diese ökologische, soziale und ökonomische Verantwortung schließt gewiß ein, sich für die Überwindung von Atomenergie, die Abschaffung von Atomwaffen und die Unterbindung profitsüchtiger undemokratischer Einflussnahme auf staatliche Entscheidungen zu engagieren.

Diese Verantwortung kann hier wahrgenommen werden.“

IV. Anregung zur friedenswissenschaftlichen Diskussion

Auf Grundlage des erzielten Konsenses über das Leitbild und damit über das Gebot, einen wissenschaftlichen Beitrag zur zivilen Konfliktlösung zu leisten, haben bis heute immer wieder universitäre Aktivitäten für die Strärkung der Friedensforschung stattgefunden. In diesem Zusammenhang ist es uns auch gelungen, eine Veranstaltung für „Frieden in Nah-Ost“ zu initiieren, deren Gehalt vor dem

Hintergrund der gegenwärtigen Zuspitzung des Nah-Ost-Konflikts besondere Aktualität hat. Wir dokumentieren deshalb unser berichtendes Flugblatt vom 12. Juni 2007.

Unsere Aufgabe: Frieden Rückblick auf eine Aussicht gebende Veranstaltung für „Frieden in Nah-Ost“

„Denn wie die jüngsten Wochen und Monate eindrücklich gezeigt haben, ist auch das klügste Kalkül gegen die Wucht der Spekulation machtlos.“

Lucas Zeise, „Endzeit am Aktienmarkt“, Financial Times Deutschland, 5. Juni 2007.

Die Welt ist unzweideutig krisenhaft. Die Wucht der Spekulation wird von Kanonendonner begleitet. Das kommerzielle Kalkül der „Wachsenden Stadt“ ist das politische Programm der Hamburger CDU-Regierung. Die engagiert verwirklichte Einheit von Wissenschaft, Politik und Kultur bilden dazu ein Gegenprogramm.

Beispielhaft war deshalb eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung im ESA-Hauptgebäude am 5. Juni unter dem Titel „Frieden und Wissenschaft“. Erörtert wurden wissenschaftliche „Beiträge für eine stabile Friedensordnung im Nahen Osten“. Die Universität und das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) hatten gemeinsam eingeladen.

Margret Johannsen (IFSH) erläuterte den 100 Anwesenden die „verwirrenden und depressiv stimmenden Konflikte“ zwischen Israel und Palästina. Ihr Vortrag machte erkennbar, daß die interessierte Einmischung internationaler Großmächte eine friedliche Beilegung des blutigen Konflikts seit langem behindert. Sie plädiert für eine vernunftvolle, gleichberechtigte Verständigung aller Konfliktparteien, gerade auch mit religiösen Gruppen.

Götz Neuneck (IFSH) setzte sich kritisch mit dem atomaren Rüstungswettlauf am Beispiel Irans auseinander. Als extrem schädlich und allen internationalen Abrüstungsabkommen zuwiderlaufend identifizierte er die US-Rüstungspolitik und -Kriegsvorbereitung sowie -führung. Nicht allein der Iran beschreite unter diesen Drohungen einen eskalierenden Kurs. „Europa“ müsse eine Position der aufgeklärten Vermittlung beziehen. Ein Krieg gegen den Iran ist ohne Wenn und Aber abzulehnen.

Norman Paech, Völkerrechtler der HWP und jetzt Bundestagsabgeordneter für Die LINKE, kritisierte grundsätzlich die Politik der USA, Europas und Israels im Nahen Osten, in deren Folge die gesamte Region im Krieg oder unter permanenter Kriegsdrohung steht. Den imperialen Kriegen früherer Jahrhunderte verwandt, forcierten die ökonomisch starken Länder gewaltsam die Durchsetzung ihrer Macht- und Rohstoffbegehren. Die Verheerungen, die dieser „Rückfall im zivilisatorischen Prozeß“ bedeute, verpflichteten zu einer Friedenslösung für die gesamte Region. Helfen könne eine Konferenz für Frieden und Entwicklung (ähnlich der KSZE). Die diplomatische Durchsetzung des Völkerrechts, die weltweite Abrüstung atomarer Waffen und der Rückzug aller Truppen müßten auf die politische Agenda. Ein Regierungswechsel in den USA und friedensengagierte Öffentlichkeit in Europa könnten die Welt der Verwirklichung dieser Notwendigkeit rasch näher bringen. Der aggressiven Ausdehnung des Imperialismus sei nur kulturell-zivilisatorisch entgegenzutreten.

Die friedensengagierte Öffentlichkeit betonte in der Diskussion speziell die Notwendigkeit des Abzugs der Truppen der Bundesrepublik aus allen Konfliktregionen. Im Mittelpunkt der Fragen und Statements stand die zentrale Rolle der Friedensbewegung sowie aufklärender und fordernder Wissenschaft und Kultur für zivile Entwicklung weltweit.

Den produktiven Diskussionsabend schloß Uni-Vizepräsident Holger Fischer mit der Feststellung, daß der Frieden von wissenschaftlich Tätigen verlange, ihre Erkenntnisse in die Öffentlichkeit zu tragen und in Politikberatung und zivilgesellschaftlichem Engagement zusammenzuführen. Die Universität habe die Verpflichtung, den Schutz und die Freiräume schaffende finanzielle Basis für die Friedensforschung zu gewährleisten.

So ist handlungsrelevante gesellschaftliche Aussicht zu gewinnen.

Eine Veranstaltungsreihe „Frieden und Wissenschaft“ könnte die Universität beleben helfen.

